

Antrag Sonstiges

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Initiator*innen: OV Waiblingen-Korb (dort beschlossen am: 06.10.2025)

Titel: **Kein Einsatz von Palantir Software**

Antragstext

1 **Die Landesdelegiertenkonferenz des Landesverbands Bündnis 90/Die Grünen Baden-**
2 **Württemberg spricht sich gegen den Einsatz der US-amerikanischen Analysesoftware**
3 **des Unternehmens Palantir aus. Die Landesdelegiertenkonferenz fordert die**
4 **Landesregierung auf, diese Software weder im Bereich der Polizei noch an anderer**
5 **Stelle der öffentlichen Verwaltung einzusetzen.**

Begründung

Der Investor und Miteigentümer Peter Thiel, ein öffentlich bekennender Anti-Demokrat und enger Berater von Donald Trump, ist mitverantwortlich für die Zerstörung der regelbasierten Weltordnung und des Rechtsstaates in den USA. Er hält Demokratien für ungeeignet, um technische Innovationen voranzubringen.

Baden-Württemberg und Deutschland werden damit abhängig von einem amerikanischen Unternehmen aus dem Trump-Umfeld. Die Software Gotham wurde von amerikanischen Geheimdiensten mitfinanziert. Mit den Optionen, die diese Software nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes und vieler Expert:innen bietet, ist nicht nur eine grundgesetzwidrige unverhältnismäßige Überwachung der Bürgerinnen und Bürger möglich, sondern auch ein, den europäischen Datenschutz verletzender, unkontrollierbarer Datenabfluss in die USA. Ein mit der Europäischen Datenschutzgrundverordnung konformer Einsatz dieser Software ist angesichts des US Cloud Acts nicht möglich. Palantir ist nicht dem „Privacy Shield“ – einer Datenschutzvereinbarung zwischen der EU und den USA zur Datenübermittlung von Europa in die USA – beigetreten. Der Cloud Act verpflichtet alle amerikanischen Unternehmen weltweit, auch personenbezogene Daten von Nicht-Amerikaner:innen, die außerhalb der USA gespeichert sind, den US-Geheimdiensten zur

Verfügung zu stellen.

Mit größtem Erstaunen stellen wir fest, dass in Baden-Württemberg ein Auftrag an die Firma Palantir in Höhe von 25 Mio € - ohne Ausschreibung und hinreichende gesetzliche Grundlage - durch ein Polizeipräsidium abgeschlossen werden kann, ohne dass die Landesregierung und der zuständige Innenminister informiert zu sein scheinen.

Wir sind dafür, dass gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, die der Polizei eine übergreifende datenschutzkonforme Datenanalyse mit entsprechenden technischen Mitteln erlaubt. Diese dürfen aber nicht in aller Eile - nur auf eine Software zugeschnitten - nachgeliefert werden. Die Anschaffung einer solchen Software muss öffentlich ausgeschrieben werden, mit dem Ziel, eine geeignete europäische Lösung zu fördern und zu finden.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, das Vertragsverhältnis zu beenden und Gotham nicht einzusetzen. Wir erwarten, dass auch jede Übergangslösung mit Palantir abgelehnt wird. Wir wollen diesem amerikanischen Unternehmen keine weiteren Wettbewerbsvorteile gegenüber europäischen Unternehmen verschaffen – schon gar nicht 5 Jahre lang. Stattdessen erwarten wir, dass sich die Landesregierung für eine Softwarelösung durch ein deutsches oder europäisches Unternehmen oder Unternehmenskonsortium stark macht. Entsprechende Anbieter – auch aus Baden-Württemberg - haben bereits öffentlich ihr Interesse bekundet.

Antrag Sonstiges

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Initiator*innen: Barbara König (KV Odenwald-Kraichgau)

Titel: **Keine Nutzung der Datenanalysesoftware
Gotham von Palantir**

Antragstext

1 Die Landesdelegiertenkonferenz spricht sich entschieden gegen den Einsatz der
2 Analysesoftware *Gotham* des US-amerikanischen Unternehmens Palantir Technologies
3 Inc. aus.

4 Sie fordert die Landesregierung Baden-Württemberg auf, diese Software weder bei
5 der Polizei, den Sicherheitsbehörden oder anderen Bereichen der öffentlichen
6 Verwaltung einzusetzen oder den Einsatz zu dulden. Das bestehende
7 Vertragsverhältnis mit Palantir Technologies Inc. ist unverzüglich zu beenden.

8 Ebenso soll jede Übergangslösung mit Palantir abgelehnt werden. Statt dem
9 Unternehmen über Jahre hinweg zusätzliche Wettbewerbsvorteile gegenüber
10 europäischen Anbietern zu verschaffen, soll die Landesregierung
11 datenschutzkonforme, europäische Alternativen fördern und die heimische
12 Digitalwirtschaft stärken. Darüber hinaus setzt sich der Landesvorstand dafür
13 ein, bundesweit für digitale Souveränität, Grundrechtsschutz und Transparenz bei
14 der Nutzung staatlicher IT-Systeme einzutreten.

Begründung

Der Einsatz von Software zur automatisierten Datenanalyse muss auf einer klaren gesetzlichen Grundlage beruhen, verhältnismäßig sein und die Grundrechte der Bürger:innen wahren. Das Bundesverfassungsgericht

hat in seinem Urteil vom 16. Februar 2023 unmissverständlich dargelegt, dass automatisierte Datenverknüpfungen und -analysen besonders eingriffsintensive Maßnahmen darstellen, die strengen rechtlichen Voraussetzungen unterliegen. Diese Bedingungen erfüllt die Softwarekomponente *Gotham* von Palantir Technologies Inc. nicht.

Mit Palantir Technologies Inc. würde Baden-Württemberg seine sensibelsten Sicherheits- und Polizeidaten einem Unternehmen anvertrauen, das eng mit den US-Geheimdiensten verbunden ist und dem US-amerikanischen Cloud Act unterliegt. Dieser verpflichtet amerikanische Firmen, Sicherheitsbehörden auch dann Zugriff auf Daten zu gewähren, außerhalb der USA gespeichert sind. Damit ist ein Einsatz, der mit der Europäischen Datenschutzgrundverordnung vereinbar wäre, ausgeschlossen. Palantir Technologies Inc. ist zudem nicht Teil des *EU-US Data Privacy Framework*, sodass Datenabflüsse in die USA weder kontrollierbar noch zu verhindern sind.

Die politische und ideologische Nähe des Unternehmensgründers Peter Thiel zu Donald Trump und autoritären Bewegungen steht in fundamentalem Widerspruch zu unseren demokratischen Werten. Software von Palantir Technologies Inc. einzusetzen, heißt, sich von einem privaten Unternehmen abhängig zu machen, das gezielt auf Intransparenz, Machtkonzentration und politische Einflussnahme setzt.

Auch praktisch ist der Einsatz von Gotham hochproblematisch. Der Vertrag über rund 25 Millionen Euro wurde offenbar ohne Ausschreibung abgeschlossen. Der Quellcode ist nicht offen, der Betrieb kann nur unter Mitwirkung von Palantir-Mitarbeitenden erfolgen – eine dauerhafte Abhängigkeit von einem US-Konzern wäre die Folge. Lizenzentzug, fehlende Sicherheitsupdates oder technische Manipulationen könnten die Funktionsfähigkeit der Polizei jederzeit gefährden.

Darüber hinaus widerspricht der Einsatz der neuen **EU-KI-Verordnung**, die Systeme des sogenannten „Predictive Policing“ untersagt, da sie fehleranfällig sind und zu Diskriminierungen führen können. Eine Technologie, die zur Überwachung und Kontrolle missbraucht werden kann, darf in einem demokratischen Rechtsstaat keinen Platz haben.

Wir wollen stattdessen eine Sicherheitsarchitektur, die auf europäischer Technologie, rechtsstaatlichen Prinzipien und echter digitaler Souveränität basiert. Die von der Innenministerkonferenz im Juni 2025 beschlossene „Nationale Sicherheitsklausel“ eröffnet dafür den notwendigen politischen Rahmen und leistungsfähige Anbieter sind vorhanden.

Unterstützer*innen

Tobias Kraft (KV Rems/Murr), Klaus Dieter Horlacher (KV Neckar-Bergstraße), Joachim Saling (KV Rems/Murr), Lucas Tietz (KV Odenwald-Kraichgau), Gabriela Lachenauer (KV Odenwald-Kraichgau), Friederike Mauler (KV Neckar-Bergstraße), Angie Weber-Streibl (KV Böblingen), Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb), Sebastian Müller (KV Freiburg), Julian Haarer (KV Stuttgart), Jasmin Kindt (KV Ulm), Damian Haller (KV Stuttgart), Niklas Pasemko (KV Ulm), Kai Jacob (KV Odenwald-Kraichgau), Cornelia

Sophia Hipp (KV Ulm), Ralf Kittel (KV Mannheim), Guido Schneider (KV Ulm), Marlena Kröhn (KV Odenwald-Kraichgau), Claudia Schillinger (KV Mannheim), Hauke Fokken (KV Mannheim), Kai Garrels (KV Mannheim), Michaela Böll (KV Mannheim), Aidan Zimmer (KV Odenwald-Kraichgau), Holger Bausch (KV Mannheim), Daniel Klein (KV Ulm), Maximilian Blatt (KV Mannheim), Beate Noll (KV Mannheim), Julia Gast-Federspiel (KV Mannheim), Gerhard Fontagnier (KV Mannheim), Ines Joneleit (KV Mannheim), Gerd Herrmann (KV Mannheim), Frank Schmitter (KV Mannheim), Shiva Naziri (KV Mannheim), Clara Maria König (KV Odenwald-Kraichgau), Marco Patrizi (KV Rems/Murr), Carmen Fontagnier (KV Mannheim), Michael Teubner (KV Ulm), Anna-Katharina König (KV Bonn), Sebastian Rössler (KV Odenwald-Kraichgau), Tanja Geuder (KV Odenwald-Kraichgau), Gerhard Gebhard (KV Odenwald-Kraichgau), Antonia Kind (KV Ulm), Lars Buntz (KV Ulm), Dietrich Linhart (KV Neckar-Bergstraße), Annetraud Scheuing (KV Ulm), Olivia Küster (KV Ulm), Benjamin Krauss (KV Ulm), Jonathan Schneider (KV Esslingen), Daniel Dulog (KV Ulm), Iris Förster (KV Rems/Murr), Silke Kilius (KV Freiburg), Peter Neubauer (KV Odenwald-Kraichgau), Carsten Rietijk (KV Mannheim), Alexander Eberspächer (KV Aalen-Ellwangen), Herbert Zimmermann (KV Esslingen), Markus Freibott (KV Waldshut), Anette Dirschnabel (KV Ettlingen), Ulrich Bauer (KV Karlsruhe), Petra Sander (KV Karlsruhe), Sonja Schwarz (KV Karlsruhe), Lars Oldenburg (KV Karlsruhe), Matthias Rehfeldt (KV Karlsruhe), Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe), Jonas Linhart (KV Neckar-Bergstraße), Jürgen Mohrbacher (KV Ortenau), W. Gwynn Wettach (KV Tübingen), Franz Polzer (KV Karlsruhe), Lena Cannistra-Arzner (KV Ettlingen), Natalie Rapka (KV Ettlingen), Axel Wunsch (KV Rastatt/Baden-Baden), Imke Brodersen (KV Ettlingen), Sven Koopmann (KV Karlsruhe), Ken-Lias Fritsch (KV Ortenau), Adrian Freund (KV Karlsruhe), Reiner Nitsche (KV Konstanz), Volker Weinfurter (KV Göppingen), Tobias Wolf (KV Tübingen)

Antrag Sonstiges

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Initiator*innen: Finn Schwarz (KV Tübingen)

Titel: **Demokratie am Arbeitsplatz stärken – Betriebs- und Personalratswahlen 2026 aktiv unterstützen**

Antragstext

1 Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg setzen sich für die Stärkung der
2 betrieblichen Mitbestimmung und der Demokratie in der Arbeitswelt ein.
3 Gewerkschaften sind für uns ein zentraler Partner bei der sozial-ökologischen
4 Transformation der Wirtschaft in Baden-Württemberg.

5 Betriebe mit aktiven Betriebsräten wirtschaften nachhaltiger, erfolgreicher und
6 innovationsorientierter. Mitbestimmte Unternehmen verbinden Klimaschutz mit
7 wirtschaftlichem Erfolg, achten Menschenrechte entlang ihrer Lieferketten und
8 fördern demokratische Teilhabe und Zufriedenheit bei den Beschäftigten.

9 Die sozial-ökologische Transformation der Arbeitswelt kann nur gemeinsam mit
10 Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften gelingen.

11 Doch die innerbetriebliche Demokratie steht unter Druck: Die Zahl der Betriebe
12 mit Betriebsrat in Baden-Württemberg ist, ähnlich wie im gesamten Bundesgebiet,
13 rückläufig, insbesondere in kleinen (1-50 Beschäftigte) und mittleren Betrieben
14 (51 bis 500 Beschäftigte). Gleiches gilt für die Tarifbindung. Während um die
15 Jahrtausendwende rund drei Viertel der Beschäftigten in tarifgebundenen
16 Betrieben arbeiteten, ist dieser Anteil deutlich gesunken. Im Jahr 2024
17 verfügten 77 % der Betriebe in Baden-Württemberg über keine Tarifbindung – das
18 betrifft 55 % der Beschäftigten. Besonders kleine und mittlere Unternehmen sind

hiervon betroffen.

Wir als Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg sehen diese Entwicklung mit großer Sorge und setzen uns für eine Stärkung der betrieblichen Demokratie ein.

Der Landesverband unterstützt daher GewerkschaftsGrün, die eine Vernetzung von Gewerkschafter*innen, Betriebsrät*innen und grünen Parteimitgliedern fördert. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und setzen uns für eine wirkungsvolle Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung ein.

Der Landesparteitag fordert deshalb:

- Die Kreisverbände werden ermutigt, die Kontakte zu den regionalen Gewerkschaftsstrukturen zu verstärken und öffentlich für die Betriebs- und Personalratswahlen 2026 zu werben.
- Parteimitglieder, die bereits als Betriebs- bzw. Personalrät*innen aktiv sind oder eine erstmalige Kandidatur anstreben, sollen gezielt angesprochen und unterstützt werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen GewerkschaftsGrün BW und dem Landesvorstand soll ausgebaut werden, um gewerkschaftlichen Perspektiven innerhalb der Partei mehr Gehör zu verschaffen.

Betriebsratsgründungen schützen – Union Busting bekämpfen

Die Gründung und Arbeit von Betriebsräten wird in vielen Fällen aktiv behindert. In Deutschland sind Kanzleien tätig, die auf sogenanntes „Union Busting“ – also die rechtswidrige Verhinderung oder Behinderung von Betriebsratsarbeit – spezialisiert sind.

Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg unterstützen deshalb Initiativen auf Bundes- und Landesebene, die darauf abzielen, die betriebliche Mitbestimmung zu stärken und „Union Busting“ wirksam zu verhindern. Dazu gehört auch die Prüfung der Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Verfolgung von Verstößen gegen das Betriebsverfassungsgesetz in Baden-Württemberg.

Fazit: Eine starke politische Demokratie braucht eine ebenso starke wirtschaftliche Demokratie. Die Stärkung der Mitbestimmung durch Betriebsräte ist hierfür ein unverzichtbarer Baustein. Gleiches gilt für Personalräte, die im

50 öffentlichen Dienst entscheidend zum Funktionieren demokratischer Prozesse und
51 guter Arbeitsbedingungen beitragen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Quellen:

Auswirkung von Mitbestimmung auf Betriebe

[Mitbestimmungsportal - Vorteil Mitbestimmung](#)

[Vorteil Mitbestimmung Argumente pptx](#)

Tarifbindung in BW 1998 bis 2024

[Tarifbindung - Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut](#)

Unterstützer*innen

Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen), Lisa-Maria Weigert (KV Reutlingen), Bastian Bender (KV Mannheim), Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau), Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen), Julian Pascal Beier (KV Göppingen), Moritz Fritz (KV Emmendingen), Sven Koopmann (KV Karlsruhe), Hendrik Alkemade (KV Tübingen), Valerie Fischer (KV Main-Tauber), Irmela Franjkovic (KV Tübingen), Siegfried Heim (KV Ulm), Josephine Füger (KV Tübingen), Thomas Bleile (KV Schwarzwald-Baar), Peter Bering (KV Tübingen), Markus Freibott (KV Waldshut), Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg), Linda Hanselmann (KV Tübingen), Richard Langer (KV Tübingen), Anna Jasmin Auert (KV Tübingen), Klaus Kittler (KV Tübingen), Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis), Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar), Meike Günter (KV Ludwigsburg), Klaus van Hoffs (KV Karlsruhe), Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land), Mersad Rekic (KV Stuttgart), Wilfried Weisbrod (KV Kurpfalz-Hardt), Kai-Uwe Berroth (KV Alb-Donau)

Antrag Sonstiges

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 12.11.2025)

Titel: **Für europäische Unabhängigkeit und digitale Souveränität: Wir brauchen eine Alternative zu Palantir!**

Antragstext

1 Wir lehnen den Einsatz von Palantir-Software im Bereich der Polizei Baden-
2 Württemberg ab. Wir teilen die Bedenken vieler Expert*innen und Mitglieder
3 gegenüber dem Einsatz dieser Software - gerade im sicherheitspolitischen
4 Kontext.

5 Der Vertrag mit Palantir wurde ohne grüne Zustimmung abgeschlossen und bleibt
6 ein politischer Fehler, den das Innenministerium zu verantworten hat.

7 Die automatisierte Datenanalyse ist ein wichtiges Instrument moderner
8 Polizeiarbeit, um Gefahren abzuwehren und schwere Straftaten zu verhindern –
9 unter strikter Wahrung von Datenschutz und Rechtsstaatlichkeit.

10 Wir fordern daher:

- 11 • Den Einsatz der Palantir-Software schnellstmöglich zu beenden. Der
12 bestehende Vertrag darf nach seinem Auslaufen im Jahr 2030 nicht
13 verlängert werden.
- 14 • Eine europäische Alternative zu entwickeln. Baden-Württemberg soll sich

gemeinsam mit Partner*innen aus Forschung und Wirtschaft dafür einsetzen, dass bis spätestens 2030 eine europäische und möglichst in Baden-Württemberg entwickelte Alternative einsatzbereit ist, auf die unsere Sicherheitsbehörden umsteigen.

- Rechtsstaatliche Kontrolle zu gewährleisten. Bis dahin muss der Einsatz der Palantir-Software einer umfassenden rechtsstaatlichen Kontrolle unterliegen. Wir begrüßen daher die neuen und erweiterten Zuständigkeiten des Parlamentarischen Kontrollgremiums.
- Digitale Souveränität als Leitlinie. Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die Herstellung und Sicherung von digitaler Souveränität in Deutschland und Europa als wichtige Leitlinie für die Gestaltung der digitalen Transformation verstanden wird.

Begründung

Erfolgt mündlich.